

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2008 Nr. 133

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser der GSoA-Zitig,

Die Schweizer Armee hat einen neuen Häuptling. Nach der Pensionierung von Christophe Keckeis hat Korpskommandant Roland Nef das Ruder des sinkenden Bootes übernommen. Er durfte sich gleich in Krisenkommunikation üben, nachdem bekannt wurde, dass die Soldaten künftig mit geladener Waffe ihren Wachdienst leisten sollen. Offensichtlich wurde der ungewohnte Rummel für Roland Nef doch ein bisschen zu viel, so dass er der GSoA-Zitig kein Interview mehr geben wollte. Der Bericht zu unserer erfolglosen Interview-anfrage ist auf Seite 7 zu finden.

In Krisenkommunikation musste sich auch Pilatus-Verwaltungsratspräsident Oscar J. Schwenk üben, nachdem bekannt wurde, dass Pilatus-Flugzeuge höchstwahrscheinlich zur Bombardierung von Rebellenstellungen in Darfur benutzt wurden. Das Thema Waffenexporte beschäftigt uns auf Seite 5.

Der Armee ist es Ernst mit den neuen Kampffjets. Es soll vorwärts gemacht werden mit der Beschaffung der milliardenteuren Lärm- und Dreckschleudern. Auf Seite 3 zeigen wir auf, mit welchen Propaganda-Tricks die Armeeführung die Franz-Weber-Initiative gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten zu bekämpfen versucht. Offensichtlich herrscht Angst, dass das Anliegen auf grosse Sympathien in der Bevölkerung stossen könnte. Die Beschaffung neuer Kampffjets wäre bei einem Ja am 24. Februar sicher vom Tisch.

Die Problematik der Armeewaffen steht im Zentrum unserer Berichterstattung zur Initiative für den Schutz vor Waffengewalt (Seite 4). Die GSoA ist immer noch fleissig am Unterschriftensammeln. Möglichkeiten zur Unterstützung der Initiative findest Du auf der Schlussseite dieser Zeitung.

Im internationalen Teil (Seiten 9 bis 11) werfen wir unseren Blick auf den Kosovo, der bald einseitig für unabhängig erklärt werden dürfte, sowie auf die Verstrickungen der Schweizer Banken mit den Ölfirmen in Darfur. Ausserdem berichtet unser Sonderkorrespondent direkt aus den USA vom amerikanischen Wahlkampf.

Wir wünschen eine informative, anregende und unterhaltsame Lektüre.

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

EINLADUNG ZUR GSOA-VOLLVERSAMMLUNG AM 30. MÄRZ

(nr) Die GSoA kann auf ein bewegtes Jahr zurückblicken: Die Mitlancierung der Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» im Herbst 2007, die Einreichung von 109'224 gültigen Unterschriften für die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» im September und nicht zuletzt das Fest zum 25-jährigen Jubiläum der GSoA im Oktober 2007, stechen aus unzähligen Aktivitäten heraus.

Auch im neuen Jahr wird uns die Arbeit nicht ausgehen: Durch den Parlamentsentscheid im Dezember 2007, der Armee 8 Millionen Franken für die Beschaffungsevaluation von neuen Kampfflugzeugen zur Verfügung zu stellen, steht die GSoA vor der Lancierung einer neuen Kampffjetinitiative zur Verhinderung einer milliardenschweren Geldverschwendung. Grund genug für eine spannende Vollversammlung, wozu wir alle GSoA-Mitglieder herzlich einladen.

Die Vollversammlung findet am 30. März ab 10.15 Uhr im Restaurant Kreuz in Solothurn statt. Neben einem ausführlichen Rückblick

auf das letzte Jahr wollen wir vor allem aktuelle und zukünftige Projekte diskutieren. Die Vollversammlung dauert bis ca. 15.30 Uhr. Das genaue Programm wird anfangs März auf www.gsoa.ch aufgeschaltet werden. Wir freuen uns auf Dein Kommen.

Wegbeschreibung

Zu Fuss ab Bahnhof Solothurn: Durch die Unterführung, dann entlang der Hauptbahnstrasse und die Fussgängerbrücke überqueren, gleich nach der Brücke die erste Gasse links, gegenüber dem Landhaus liegt das Hotel Kreuz (Kreuzgasse 4).

Jahresrechnung GSoA

Die GSoA beendet das vergangene Jahr mit einem Defizit von knapp 17'500 Franken. Dieser Verlust begründet sich dadurch, dass die GSoA 2007 Ausgaben für zwei Initiativen (Kriegsmaterial- und Waffenschutz-Initiative) tätigen musste. Die detaillierte Jahresabrechnung wird an der Vollversammlung präsentiert.

NATIONALER OSTERMARSCH AM 24. MÄRZ IN BERN

«Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn Frauen Gewalt ausgesetzt sind»

Rosmarie Zapfl, ehemalige CVP-Nationalrätin und Mitglied des Initiativkomitees «Schutz vor Waffengewalt» wird am Ostermarsch in Bern, den die GSoA mitorganisiert, als Rednerin auftreten. Die GSoA-Zitig bat zum Interview.

Frau Zapfl, Sie sind dieses Jahr als Rednerin am nationalen Ostermarsch in Bern angefragt worden. Was hat Sie zur Zusage bewegt?

Das Thema. Seit Jahren setze ich mich in meiner politischen Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden ein.

Das Leitmotiv dieses Jahres ist «Gerechtigkeit schafft Sicherheit». Im momentanen Sicherheitsdiskurs findet dieser Aspekt kaum Gehör. An was liegt das?

Gerechtigkeit ist kein Schlagwort mit dem Wahlen gewonnen werden können. Das Wohlergehen des Nächsten, ob im eigenen Umfeld, in der Schweiz oder in fernen Ländern interessiert nur einen kleinen Teil der Bevölkerung.

Die Initiative «Schutz vor Waffengewalt», bei der Sie im Initiativkomitee sind, ist ein weiteres Thema an diesem Ostermarsch. Was ist Ihre Motivation sich für diese Initiative einzusetzen, nachdem Sie als langjährige Nationalrätin zurückgetreten sind?

Bei dieser Initiative geht es um die Sicherheit von Frauen und Kindern. Als Präsidentin von alliance F, dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, kann es mir nicht gleichgültig sein, wenn in der Schweiz Frauen Gewalt ausgesetzt sind und in ständiger Angst leben müssen. Die Schusswaffe auf dem Estrich oder im Schrank ist eine Bedrohung, mit der sie oft

jahrelang leben müssen. Unser Ziel ist eine massive Reduktion von Tötungsdelikten und Suiziden und damit von Leid in Familie und Gesellschaft.

Der Ostermarsch hat eine lange Tradition. Er ist einer der einzigen Protestmärsche, der heute kirchliche, friedenspolitische und antimilitaristische Kreise zusammenbringt. An was liegt es, dass sich in der Schweiz nicht vermehrt solche Zusammenschlüsse ergeben?

Im Kleinen gibt es viele solcher Zusammenschlüsse, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Ich denke zum Beispiel an die «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis». Diese Gruppen treten leider zu wenig spektakulär auf, somit bekommen sie auch keine grosse Medienwirksamkeit.

Der Ostermarsch hat sich immer auch globale friedenspolitische Ziele gegeben. Sie haben sich in Ihrer langjährigen Karriere als Parlamentarierin in vielfältiger Weise für eine entwicklungspolitisch engagierte Schweizer Aussenpolitik eingesetzt. Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen für die Schweizer Aussenpolitik?

Die Schweiz hat die Möglichkeit, auch als kleines Land, ihre guten Dienste für friedensfördernde Massnahmen anzubieten. Dazu braucht es jedoch den Willen von Regierung, Parlament und der Bevölkerung, mitzuhelfen, dass die Armut auf der Welt bekämpft werden kann. Dazu gehört die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Ostens, Afrikas und Südamerikas. Ebenso wichtig ist unser Engagement für die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit in allen Ländern.

Die GSoA hat letztes Jahr die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» eingereicht. Was ist Ihr Standpunkt zu dieser Initiative?

Diese Initiative kann vor allem die Bevölkerung dahingehend sensibilisieren, wie sinnlos überhaupt die Waffenproduktion und deren Export ist.

Frau Zapfl, besten Dank für das Gespräch.



Programm Ostermarsch 2008

(nr) Für den sechsten Ostermarsch, am 24. März in Bern, wird erstmals national mobilisiert. Der Ostermarsch startet um 13 Uhr im Eichholz an der Aare. Für die Schlusskundgebung konnten mit Rosmarie Zapfl vom Initiativkomitee «Für den Schutz vor Waffengewalt», Marianne Huguenin (PdA), Stadtpräsidentin von Renens, und Reto Rufer, Koordinator der Amnesty International-Kampagne «Control Arms», drei spannende RednerInnen engagiert werden. Die Rapperin Steffe la Cheffe wird für musikalische Unterhaltung sorgen.

Weitere Informationen sind auf der Internetseite www.ostermarschbern.ch sowie auf der Schlussseite dieser Zeitung zu finden.

BESCHAFFUNG NEUER KAMPFFLUGZEUGE

Grundsatzentscheide gefallen – Parlament will Jets, die GSoA eine Initiative dagegen

National- und Ständerat haben im Dezember einem Kredit zugestimmt, mit welchem die Armee den neuen Kampfflugzeugtyp evaluieren wird. Der Entscheid des Parlaments gibt der GSoA grünes Licht, um die Vorbereitungen für eine Anti-Kampfflugzeug-Initiative voranzutreiben und das «Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge» zu reaktivieren. Von Reto Moosmann

In der Dezember-Session haben National- und Ständerat einen sogenannten PEB-Kredit (Kredit für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung) über 8 Millionen Franken gesprochen. Mit diesem Geld soll die Armee herausfinden können, welcher Typ Kampfflugzeug den Bedürfnissen der Armee am besten entspricht und in welcher Anzahl dieser beschafft werden soll. Zur Auswahl stehen zwar offiziell immer noch vier Flugzeuge: Der Eurofighter (EADS/D-F), der Super Hornet (Boeing/USA), die Raffale (Dassault/F) und der Gripen (Saab/Schweden). Da – wie das VBS Mitte Januar bekannt gab – die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen neu «nur» noch 2,2 Milliarden Franken kosten darf (bisherige Schätzungen gingen von 3 bis 4 Milliarden Franken aus), dürften aus Kostengründen nur noch der «Ladenhüter» Raffale und der «Billigflieger» Gripen in Frage kommen: Für die französische Herstellerin Dassault geht es ums Prestige, fand die Raffale ausserhalb Frankreichs doch bisher keinen Abnehmer. Deshalb könnte Dassault den Flieger unter seinem effektiven Preis anbieten. Der Saab-Gripen ist deshalb so billig erhältlich, weil er lediglich über ein Düsentriebwerk (und nicht

wie die Konkurrenzprodukte über zwei) verfügt. Mitte 2008 sollen erste Offerten eingehen, im zweiten Halbjahr finden Erprobungsflüge in der Schweiz statt. Die definitive Typenwahl wird 2009 erwartet, der Beschaffungskredit ist im Rüstungsprogramm 2010 vorgesehen.

Initiative wird vorbereitet

Die GSoA hat bereits an der Vollversammlung vom März 2007 den Grundsatzentscheid gefällt, die unsinnige Beschaffung neuer Kampfflugzeuge nötigenfalls mit einer Initiative zu bekämpfen. Für die GSoA bedeutet das Ja zum PEB-Kredit, dass die Vorbereitungen für eine Anti-Kampfflugzeug-Initiative nun an die Hand genommen werden müssen. Rund um den Parlamentsentscheid hat die GSoA deshalb bereits zu einer Sitzung eingeladen und damit das «Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge» reaktiviert, das sich im Sommer 2004 formierte. In den nächsten Wochen und Monaten geht es darum, mögliche Allianzpartner ausfindig zu machen und erste Ideen bezüglich Initiativtext zu diskutieren. Ziel ist es, die Initiative bereits in der Sammelphase möglichst breit abzustützen und durch die verbindliche Zusage von Unterschriften seitens der mitlancierenden Organisationen einen raschen Sammelerfolg zu garantieren. Der genaue Zeitpunkt für die Lancierung der Initiative ist derzeit noch Gegenstand von Diskussionen. Allerspätestens im Frühling 2009 müsste mit der Unterschriftensammlung begonnen werden, damit die Initiative noch rechtzeitig – vor dem Entscheid des Parlaments über die Beschaffungsvorlage – eingereicht werden kann.

LÄRMIGE KAMPFJETS

Lauter als an Konzerten erlaubt

Laut Armee garantieren lärmige Kampfflugzeuge die Souveränität der Schweiz. Doch die betroffene Bevölkerung hat genug. Von Tom Cassee

Kampfjets sind extrem lärmig. Beim Start eines F/A-18 Kampfflugzeuges werden bis zu 125 Dezibel aus 100 Metern Entfernung gemessen. Im Vergleich dazu: an Konzerten wäre dies illegal. Es darf in der Schweiz nämlich nicht lauter als 100 Dezibel werden. Die grösste Lärmbelastung tragen die so genannten Kriegsflugplätze Payerne (Waadt) und Meiringen im Kanton Bern. In Sitten – dem dritten grossen Standort der Luftwaffe – haben sich die AnwohnerInnen in letzter Zeit erfolgreich gegen den gesundheitsschädlichen Lärm ge-

wehrt. Der Lärmgegner-Verband «Association des riverains de l'aéroport de Sion» reichte in Bern eine Petition mit rund 6'000 Unterschriften ein. Dazu lobbyierten sowohl linke wie auch bürgerliche Politiker in Bern gegen die Starts in Sitten. All dies führte dazu, dass dieses Jahr die F/A-18 Jets nur während sieben Wochen starten. Dennoch werden auch in Sitten weiterhin rund 100'000 Menschen vom Lärm betroffen sein. Der Kanton Bern wird dieses Jahr wohl noch mehr Starts ertragen müssen, denn die Armee verlagert den Lärm lieber, als dass sie endlich die umweltschädigenden Starts reduziert. Es erstaunt daher nicht, dass die Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» vor allem im Berner Oberland rund um Meiringen viel Sympathie genießt.

PROPAGANDA

Wie sich das Militär in den Abstimmungskampf einmischt

Der neue Armeechef Nef und die Kaste ranghoher Offiziere mischen kräftig mit im Abstimmungskampf um die Kampfjetlärm-Initiative. Eine klare Form von unzulässiger Propaganda. Von Patrick Angele

Die Volksinitiative gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten, welche vom Umweltschützer Franz Weber eingereicht wurde, wirft hohe Wellen. Land auf, Land ab hängen Plakate. Die Armeespitze ist um ein Abstimmungsergebnis in ihrem Sinne besorgt. Dabei neigt sie zu dramatischer Übertreibung; es gehe «um die Wahrung der Souveränität und Neutralität und die Sicherheit der Schweiz», wie ein hoher Offizier seinen Untergeben im Dezember in einem Brief schrieb (Ausrisse auf dieser Seite).

Unerlaubte Propaganda

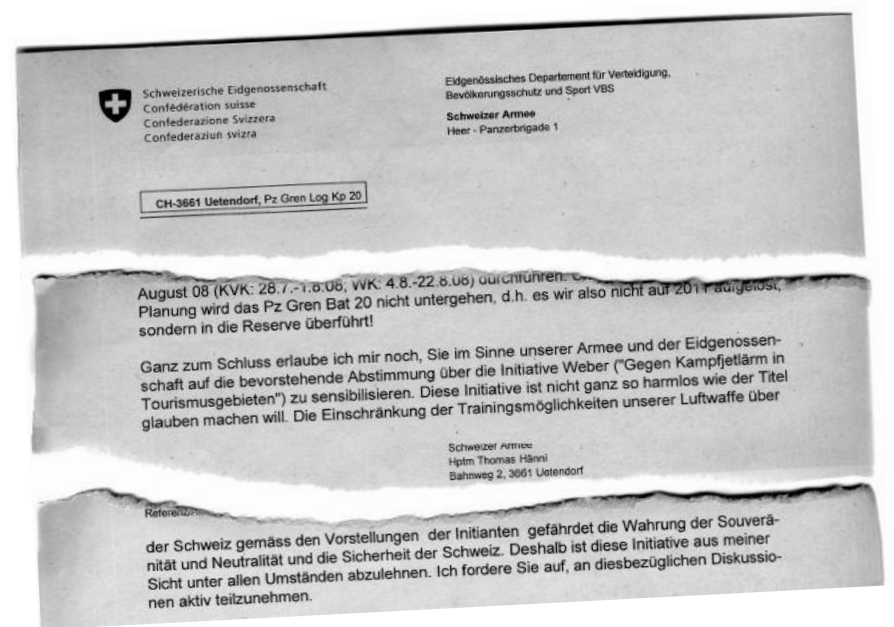
Mit seinem Neujahrsbrief empfiehlt der Hauptmann seiner Kompanie die Initiative abzulehnen und sich aktiv in Diskussionen einzumischen. Nach Ansicht der GSoA-Zitig ist dies ganz klar unzulässig: politische Propaganda ist laut Artikel 96 des Dienstreglementes verboten.

Doch die Armee geht noch einen Schritt wei-

ter. In Zeughäusern und Retablierungsstellen der Armee liegen Hochglanz-Flyer der «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM» auf. Die AWM ist ein Zusammenschluss von «gesamtschweizerisch wirkenden, an militärpolitischen Fragestellungen interessierten Organisationen und Verbänden». Unter den knapp drei Dutzend Mitgliedern befindet sich – neben Offiziersgesellschaften – eine Ansammlung von Gruppierungen der äussersten politischen Rechten. So etwa Ulrichs Schliers «Schweizerzeit», die «Aargauische Vaterländische Vereinigung» oder «Pro Libertate». Geschäftsführer dieser AWM ist Andreas Richner. Richner ist zugleich Mitglied der Geschäftsleitung von Farner-PR; einer Werbeagentur die in armeetpolitischen Themen schon oft Abstimmungskämpfe geführt hat.

Propaganda, Vorgeschmack auf Abstimmungskampf zu anderen Initiativen

Propaganda in Zeughäusern, organisiert durch eine PR-Firma. Offiziere, die ihre Kompanie mit Abstimmungsempfehlungen zudecken. Ein Vorgeschmack auf die kommenden Abstimmungskämpfe zur Kriegsmaterial- und zur Waffeninitiative? Wir sind gespannt.



F/A-18 Nachbrenner

Vor allem die F/A-18 Nachbrenner sind für die AnwohnerInnen von Kriegsflugplätzen eine unerträgliche Belastung. Bei Nachbrenner-Starts wird in die ausströmenden Abgase des Triebwerks Kerosin eingespritzt. Dieses entzündet sich und erzeugt damit zusätzlichen Schub und eben auch zusätzliches Dröhnen. Daher ist die Frage nach dem Einsatz und der Anzahl dieser Starts für die betroffene Bevölkerung von grossem Interesse. Die Armee prognostizierte vor der Einführung der F/A-18 für das Jahr 2000 in Meiringen 30 Nachbrennerstarts. Heute sind es jährlich weit über 1'000. Die Armee rechtfertigt ihre Lüge damit, dass der Nachbrenner aus Sicherheitsgründen eingeschaltet werden müsse. Dies habe erst die operationelle Erfahrung nach der Einführung der F/A-18 gezeigt. Erstaunlich, denn schliesslich wurden die Jets bereits vor dem Kauf ausführlich getestet.

Der Untergang der Schweiz

Im Militär herrscht generell wenig Sensibilität, was den Umgang mit schädlichen Emissionen angeht. Sobald versucht wird, die rücksichtslose Verlärmung einzuschränken, ist laut Militär schon die Sicherheit der Schweiz in Gefahr. Weniger Schiesslärm gefährde die Schweiz ebenso, wie ruhige Tage in den Alpen. So schreibt das Militär im Vorfeld der Anti-Kampfjetlärm-Initiative, dass bei deren Annahme «die Luftwaffe ihre Aufträge, die Sicherheit des Flugverkehrs zu gewährleisten und die Lufthoheit zu wahren, nicht mehr glaubwürdig wahrnehmen könnte. Dadurch würde die Annahme der Initiative letztlich die Wahrung der Souveränität der Schweiz gefährden.» Doch die GSoA wird sich das Recht herausnehmen, sich auch in Zukunft für mehr Lebensqualität und weniger Lärm einzusetzen. Die einfachste Lösung dazu ist und bleibt die Abschaffung der Armee.

WAFFENINITIATIVE

Vernunft im Parlament?

Für den März ist eine Sonderdebatte zum Thema Armeewaffen angekündigt. Die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» ist aber thematisch breiter – und äusserst erfolgreich. Von Bettina Surber

«Kann ich hier unterschreiben, damit die Armeewaffen ins Zeughaus kommen?» Wer auf der Strasse Unterschriften für die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» sammelt, bekommt diese Frage im Minutentakt gestellt. Die Unterschriften sammeln sich wie von selbst, die Leute drängen sich jeweils förmlich um die Sammelstände und wollen mit ihrer Unterschrift ein Zeichen gegen Armeewaffen in Kellern und Kleiderschränken setzen. Mittlerweile sind schon weit mehr als die Hälfte der benötigten Unterschriften zusammen.

Sonderdebatte zu Armeewaffen

Dass in Bezug auf den Umgang mit Armeewaffen Handlungsbedarf besteht, hat mittlerweile auch VBS-Vorsteher Samuel Schmid eingesehen und eine umfassende Untersuchung der Problematik Ordonanzwaffe und Taschenmunition angekündigt. Ergebnisse der Untersuchung werden auf Ende Jahr erwartet. Allenfalls wird diese Untersuchung aber nach der Frühjahrssession auch überflüssig. In dieser wird es voraussichtlich zu einer Sonderdebatte über den Umgang mit der Armeewaffe kommen. Zahlreiche Vorstösse zu diesem Thema liegen beim Bundesrat und warten auf eine Beantwortung. Im März sicher behandlungsreif ist die von GSoA-Vorstand Josef Lang eingereichte Motion, die fordert, dass die Ordonanzwaffe im Zeughaus aufbewahrt werden muss. Ebenfalls bereits vom Bundesrat beantwortet ist eine Motion von Francine John-Calame, nach welcher eine freiwillige und kostenlose Abgabe der Armeewaffe möglich werden soll. Beide Motionen wurden vom Bun-

desrat negativ beantwortet. In der Sonderdebatte würde sich dem Parlament wohl zuerst die Grundsatzfrage stellen: Armeewaffe ins Zeughaus oder nicht. Bei einem negativen Entscheid ginge es dann um die Frage, ob mindestens die Möglichkeit für eine freiwillige Abgabe geschaffen werden soll. Aufgrund der momentanen Stimmung in der Bevölkerung ist es gut möglich, dass sich im Parlament eine Mehrheit für eine Aufbewahrungspflicht im Zeughaus finden wird.

Kantonale Vorstösse

Neben dem Bund beschäftigen sich auch die Kantone mit der Frage der Aufbewahrung der Armeewaffe. In diversen Vorstössen wird gefordert, dass – gleich wie im Kanton Genf – die Möglichkeit der freiwilligen Abgabe der Armeewaffe geschaffen wird.

Neben der emotionalen Diskussion um die Armeewaffe drohen die weiteren Forderungen der Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» etwas unterzugehen. Es ist nicht nur der vernünftige Umgang mit der Armeewaffe, der gefordert wird. Die Waffengesetzgebung soll generell verschärft werden. So sollen etwa der Erwerb, der Besitz und das Tragen von Waffen nur noch beim Nachweis des Bedarfs und der nötigen Fähigkeiten möglich sein. Ein zentrales Waffenregister soll die bereits bestehenden kantonalen Register vernetzen und so eine bessere Kontrolle über den Waffenerwerb und -besitz in der ganzen Schweiz ermöglichen. Zudem wird der Bund verpflichtet, die Kantone aktiv beim Einsammeln von Feuerwaffen zu unterstützen.

Alle diese Anliegen sind zentral und dürfen nicht in den Hintergrund rücken. Parlamentarisch werden sie ebenfalls noch zu reden geben. Entsprechende Vorstösse auf Bundesebene sind eingereicht und warten beim Bundesrat auf eine Antwort.

Graffiti in Höngg



WAFFENAUFBEWAHRUNG

Eine lästige Pflicht

Die Aufbewahrung der Armeewaffe stellt viele Soldaten vor ein konkretes Problem. Wohin bloss mit dem Ding? Eine kleine Umfrage bei Betroffenen. Von Felix Birchler

Für die Militaristen und Armeetraditionalisten steht fest: «Zum Soldaten gehört auch eine Waffe.» Und wenn dazu noch die schweizerische Mythologie der bewaffneten Volksdemokratie beigemischt wird, dann heisst es konsequenterweise: «Der Soldat muss Waffe und Ausrüstung zu Hause bereit halten.» In Artikel 112 des Militärgesetzes wird festgehalten: «Die Angehörigen der Armee sorgen für die sichere Aufbewahrung und die Instandhaltung der persönlichen Ausrüstung.» Wie sicher wird der Auftrag von den Armeeingehörigen umgesetzt? Eine kleine Umfrage bei drei durchaus verantwortungsbewussten jungen Männern lässt Zweifel offen.

Das Gewehr unter dem Bett

Soldat Stefan Z. lagert das Gewehr auf dem Estrich seines Mehrfamilienhauses. Wenn er nach dem Militärdienst jeweils nach Hause kommt, wirft er den ganzen Militärplunder auf einen grossen Haufen in seinem Estrichabteil. «Gut möglich, dass das Gewehr noch irgendwo rausschaut», meint er. Das Abteil ist zwar

abgeschlossen, doch wenn jemand unbedingt an sein Gewehr wollen würde, könnte er die dünnen Holzlatten problemlos zerbrechen. Soldat Andreas T. hat sein Gewehr unter dem Bett gelagert. Nicht etwa weil er es jederzeit griffbereit haben möchte oder es schön findet in der Nähe seines Gewehrs zu schlafen, sondern vielmehr weil in seiner Zweizimmerwohnung kein anderer Lagerplatz vorhanden ist. So wird die Waffe neben einigen Taschen und anderem Kleinkram halt unter dem Bett verstaut.

Das Gewehr in der Weihnachtskrippe

Auch Soldat Viktor K. hat sich für die Variante Estrich entschlossen, dort oben stört die Waffe am wenigsten und er bewahrt dort weitere Dinge auf, die er nur selten braucht. Neben leeren Koffern und Bananenschachteln ist dies etwa auch die Weihnachtskrippe. Ungezwollt wird so das Gewehr von Viktor K. neben Hirtenfiguren, Maria und Schafen zum Statisten im Krippenspiel.

Fazit: Eine sichere Aufbewahrung der Armeewaffe ist den allermeisten Soldaten gar nicht möglich. Das Gewehr wird behelfsmässig irgendwo verstaut, wo es am wenigsten stört. Es ist höchste Zeit, die Soldaten von dieser Last zu entbinden. Die Armee soll ihre Gewehre gefälligst selber lagern.

WAFFENABGABE-AKTION

Armeewaffen – weg damit, aber subito!

Unter dem Titel «Armeewaffen – weg damit!» hat die GSoA alle aktiven und ehemaligen Armeeingehörigen dazu aufgerufen, in gemeinsamen Abgabe-Aktionen ihre Waffen ins Zeughaus zu bringen. Von Patrick Angele

Das Verteidigungsdepartement weigert sich bis heute standhaft, mit der sicherheitspolitisch unsinnigen Tradition, den Soldaten die Waffe mit nach Hause zu geben, zu brechen. Mit der Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt», welche von der GSoA massgeblich mitgetragen wird, soll genau dies erreicht werden: Die Initiative fordert, neben anderen Verschärfungen des Waffengesetzes, auch die Verbanung der Armeewaffen ins Zeughaus.

Weg damit- und zwar jetzt!

Doch bis die Initiative zur Abstimmung kommt und umgesetzt werden kann, werden noch Jahre vergehen. Während sich in Genf die Kantonsregierung über die nationale Gesetzgebung hinweggesetzt hat und nun dort jeder Armeeingehörige seine Waffe freiwillig im Zeughaus deponieren kann, verhalten sich andere Kantone zurückhaltender.

Um den politischen Druck zu erhöhen, hat die GSoA unter dem Titel «Armeewaffen – weg damit!» einen Aufruf zur Waffenabgabe lanciert. In kollektiven Waffenabgabe-Aktionen will die GSoA zusammen mit aktiven und ehemaligen Armeeingehörigen die Armeewaffen ins Zeughaus bringen. Der Aufruf wurde in der Öffentlichkeit gut aufgenommen – der Wunsch, die Armeewaffe abzugeben, ist

weit verbreitet: Über siebzig Männer haben sich bereits auf den Aufruf gemeldet.

Ziviler Ungehorsam - legitim?

Wer heute seine Armeewaffe im Zeughaus hinterlegt, handelt – ausser im Fall Genf – gegen die Verordnung über die persönliche Ausrüstung (VPAA). Laut der VPAA müssen die Angehörigen der Armee ihre Ausrüstungsgegenstände – und damit auch die Armeewaffe – an ihrem Wohnsitz aufbewahren. Die Waffenabgabe-Aktion steht also nicht in Einklang mit den Vorschriften, ist aber alleweil legitim und höchst demokratisch. Da durch den Zwang, die Armeewaffe zu Hause aufzubewahren, die persönliche Freiheit der Angehörigen der Armee eingeschränkt wird, rechtfertigt sich aus Sicht der GSoA eine Aktion des zivilen Un-

gehorsams. Denn nicht jedes geschriebene Recht ist automatisch gerechtes Recht. Willy Spieler, ehemaliger SP-Kantonsrat und Redaktor der sozialistischen Zeitschrift «Neue Wege», legitimierte zivilen Ungehorsam so: «Wer behauptet, jede Rechtsverletzung widerspreche dem Rechtsstaat, der verwechselt den Rechtsstaat mit dem Polizeistaat, in dem die Behörden immer, die Rechtsuntertanen nie recht bekommen. Anders als der Polizeistaat beruht der Rechtsstaat jedoch auf dem steten Kampf der Bürgerinnen und Bürger um ihr Recht, einem Kampf, der auch den zivilen Ungehorsam einschliesst.» Schon oft in der Geschichte der Schweiz musste ziviler Ungehorsam den Weg für eine solidarischere und menschlichere Gesellschaft ebnen.

Wer sich an der Abgabe-Aktion der GSoA beteiligen möchte, kann sich unter www.gsoa.ch/waffenabgabe/ für die Aktion eintragen oder direkt eine Mail an waffenabgabe@gsoa.ch schicken.

RÜSTUNGSEXPORTE

Deutsche Kirchen üben scharfe Kritik

Die Deutschen Kirchen kritisieren die Rüstungsexporte der Bundesregierung zum wiederholten Mal scharf. Die «Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung» (GKKE) trat im vergangenen Dezember vor die Medien und stellte ihren neuesten Bericht zu den deutschen Waffenexporten vor. Von Stephan Marti

Als die Vertreter der protestantischen und katholischen Kirche, vereint in der ökumenischen «Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung» (GKKE), im vergangenen Dezember zum elften Mal ihren Bericht zu den Rüstungsgeschäften der Bundesregierung vorstellten, war die deutsch-französische Firma Eurocopter gerade mit einem Bieterverfahren zur Lieferung von 197 Hubschraubern an die indische Armee beschäftigt. Wie der Bericht der GKKE zeigt, wird es für die Firma Eurocopter ein leichtes sein, eine Ausfuhrbewilligung für dieses Geschäft zu erhalten.

Deutsche Rüstungsexporte

Der Bericht der GKKE basiert auf «öffentlich verfügbaren Informationen über deutsche Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern» und stellt diese Informationen zusammen. Das Gesamtexportvolumen für Rüstungsgüter lag 2005 bei 6,2 Mrd. Euro. Im neuesten Bericht bilanziert die GKKE für deutsche Rüstungsausfuhren eine Summe von 7,7 Mrd. Euro. Damit hat Deutschland 2006 nicht nur sein Exportvolumen um 24 % gesteigert, sondern konnte auch seine Position als grösster Exporteur von Kriegsmaterial in der Europäischen Union halten.

Scharfe Kritik äussert die GKKE in ihrem Rüstungsexportbericht vor allem an der Praxis, Rüstungsexporte in Entwicklungsländer wie etwa Indien, Pakistan, Malaysia oder Saudi-Arabien zu erlauben. Besonders brisant erscheinen der GKKE auch die so genannten «Veredelungsausfuhren», bei denen ausgedientes Kriegsmaterial, wie beispielsweise Schnellboote nach Tunesien oder Schützenpanzer in die Vereinigten Arabischen Emirate, exportiert wird. Des Weiteren hält der Bericht fest, dass die Bundesregierung im Jahr 2006 für 19 Staaten Ausfuhrgenehmigungen erteilte, in welchen «innere Gewaltkonflikte im Gange» waren.

Kritik der Deutschen Kirchen

Neben dem Widerstand gegen die «expansive Exportpraxis» der Bundesregierung kämpfen die Kirchen auch für mehr Transparenz bei der Bekanntgabe der Güterart und gegen ein «parlamentarisches Desinteresse» in Sachen Rüstungsexportpolitik. Bisher wurden die Rüstungsexportberichte der GKKE nicht im Plenum des deutschen Bundestages erörtert. Gertrud Casel, Geschäftsführerin der «Deutschen Kommission Justitia et Pax» und Mitglied der GKKE, sieht auf Anfrage der GSoA dennoch einige Fortschritte: «Wir haben jährlich ein Fachgespräch mit Parlamentariern und auch Austausch mit der Bundesregierung». Auch lege die Bundesregierung inzwischen jährliche Berichte zum Exportvolumen und der Art der Rüstungsgüter vor, was von Seiten der GKKE lange gefordert wurde. «Aber die zentralen Forderungen der GKKE nach mehr Transparenz und einer zeitnaheren Berichterstattung bleiben bis heute unerfüllt.»

Die Motivation, sich überhaupt in die Diskussion um die umstrittene Rüstungsexportpolitik einzuschalten, schöpft die GKKE aus ihrer Funktion als Vertreterin der friedensethischen Position. Dabei orientiert sich die Konferenz beider Kirchen am Grundsatz, dass «Rüstungstransfer nicht die Neigung zu gewaltförmigem Handeln von Staaten nach innen wie nach aussen steigern darf und geeignet sein muss, dem Bedürfnis der Menschen nach Schutz vor physischer Gewalt zu dienen.» Die friedensethische Position der Kirche wird gemäss Casel unter Berücksichtigung unterschiedlicher, kirchlicher Bereiche – von der Pax Christi bis zur Militärseelsorge – gründlich diskutiert. Somit kann die Position breit abgesichert werden.

Kritik der Schweizer Kirchen?

Das aktuellste Papier der Schweizer Kirchen zur christlichen Haltung gegenüber Kriegsmaterialexporten stammt aus dem Jahr 1994. Wie Theo Schaad, Pfarrer und Geschäftsleiter des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK, telefonisch bestätigen konnte, hat sich «an der Position des SEK seit 1994 nichts geändert.» Das Positionspapier wurde damals

als Stellungnahme zur Revision des Kriegsmaterialgesetzes erarbeitet. Darin halten sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche fest, dass sie «der Frage der Waffenexporte ausserordentlich kritisch gegenüber» stehen. Weiter verweisen sie darauf, dass «Herstellung und Handel von Rüstungsgütern aus ethischer Sicht immer problematisch» sind und sie deshalb «als Christinnen und Christen nicht auf Waffen vertrauen» können, «um den Frieden in der Welt herzustellen.» Ebenso wenig könne die moralische Verantwortung auf den Käufer des Kriegsmaterials abgeschoben werden. Generell fügt Schaad an: «Es gibt keine ethische oder theologische Legitimierung für Kriegsmaterialexport.»

Festzuhalten bleibt also, dass die Schweizer Kirchen sehr wohl eine kritische Haltung vertreten. Zu wünschen wäre diesbezüglich nur, dass diese Haltung aktiver an die Öffentlichkeit herangetragen würde. Dadurch könnten die Schweizer Kirchen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, eigenen Anliegen und Haltungen gerecht zu werden, wie das Beispiel aus Deutschland aufzeigt.

Momentan arbeitet der SEK in Zusammenarbeit mit dem Institut für Theologie und Ethik an einer Stellungnahme zur laufenden Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt.» Mehr hierzu, sobald die Stellungnahme zugänglich ist.



Die Pilatus PC-9: Weltweit im Kampfeinsatz

PILATUS-FLUGZEUGE IM TSCHAD

Ein Skandal mit Voransage

Seco und Pilatus spielen die Überraschten, weil ein Schweizer Flugzeug zur Bombardierung von Darfur eingesetzt wurde. Sind sie wirklich so dumm oder tun sie nur so? Von Felix Birchler

Der Bürgerkrieg im Tschad ist eskaliert. In der Hauptstadt N'Djamena liefern sich Rebellen und Regierungstruppen Strassenschlachten, während EuropäerInnen ausgeflogen werden. Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung ist unklar, in welche Richtung sich die Situation im Tschad entwickeln wird.

Schon Anfang Januar bombardierte die tschadische Luftwaffe Rebellenstellungen im benachbarten Sudan. Denn im Elend der Bürgerkriegsregion Darfur verschanzen sich auch tschadische Rebellen, welche dem Regime in N'Djamena das Leben schwer machen. Mitt-

lerweile ist erwiesen, dass an diesen Luftangriffen auch Pilatus-Flugzeuge beteiligt waren, welche in orwellischer Manier noch immer als Trainingsflugzeuge verkauft werden.

Schwenk will von nichts gewusst haben

Recherchen von «10vor10» haben ergeben, dass die PC-9-Maschinen mit 250-Kilo-Splitterbomben bestückt wurden. Fotos beweisen, dass solche Bomben bei Kampfeinsätzen über Darfur abgeworfen wurden. Die kürzlich vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestartete Untersuchung wir wohl zum Schluss kommen, den sein Direktor Jean-Daniel Gerber schon vorher zog: wer eine solche Aufrüstung von Flugzeugen unternimmt, der wird diese auch bei Kampfeinsätzen verwenden. Man kann noch einen Schritt weiter denken: wer PC-9 kauft, will diese auch militärisch einsetzen.

Pilatus-Verwaltungsratspräsident Oscar J. Schwenk steckt derweil den Kopf in den Sand und behauptet, nichts davon zu wissen, dass der Tschad seine Flugzeuge bewaffnet und eingesetzt hat. Stattdessen lobt Schwenk die eigenen Vorkehrungen, welche der Lieferung einer PC-9 in den Tschad im Herbst 2006 vorausgegangen sind: «Wir haben der tschadischen Regierung ein Papier vorgelegt, in dem steht, dass sie diese PC-9 nur zu Trainingszwecken nutzen darf. Das hat sie unterschrieben. Ich glaube, vielmehr können wir da eigentlich nicht mehr machen.» Doch, Herr Schwenk, das könnten Sie!

Dieser Einsatz war vorhersehbar

Bereits als der Export in den Tschad vor anderthalb Jahren bekannt wurde, entstand eine öffentliche Diskussion um diese Waffenlieferung in ein Bürgerkriegsland. Die GSoA hatte damals gerade ihre Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» lanciert. In der GSoA-Zitig vom September 2006 war unter anderem folgender Satz zu lesen: «Eine

sorgfältige Analyse der Lage im Tschad muss zum Schluss kommen, dass das Regime von Idriss Déby den Pilatus-Flieger zur Bekämpfung der Rebellen vorstösse aus dem Sudan einsetzen will.» Die GSoA hat sich dazu entschieden, Oscar J. Schwenk ein Gratisabo ihrer Zeitung zu schenken. So kann er sich vielleicht ein bisschen über das Geschehen in der Welt orientieren, und hoffentlich kommt er irgendwann noch zur Einsicht, dass ein korruptes afrikanisches Regime Waffen auch dann zum Töten einsetzt, wenn es vorher bei einem trottigen Verkäufer ein Papier unterschrieben hat, genau dies zu unterlassen. Sicher ist: die Forderung nach einem Totalverbot von Kriegsmaterial-Exporten erhält neue Nahrung. Egal ob Oscar J. Schwenk wirklich so naiv war zu glauben, dass sein Flugzeug nicht eingesetzt werden würde oder ob er dies eiskalt in Kauf nahm. Wie antwortete er doch noch, als er im Herbst 2006 auf allfällige Folgebestellungen aus dem Tschad angesprochen wurde: «Als Unternehmer kann ich nur sagen: hoffentlich!»

ZIVILDIENTST

Die Gewissensprüfung – Ein Nachruf

Die umstrittene Gewissensprüfung als Zutrittschürde zum Zivildienst ist bald Geschichte. Von Christian Mueller

Als ich zur Aushebung aufgeboten wurde, stellte sich mir die Frage, ob ich militärdiensttauglich oder untauglich sein wollte. Auf keinen Fall sollte ich als tauglich eingestuft werden, um im Gnägi rumzurennen. Wenn schon, würde ich mich für den Zivildienst entscheiden. Aber statt 300 Dienstage 450 leisten? Für eine so genannte «Gewissensprüfung» nach Thun reisen und vor eine dreiköpfige Jury treten, die sich anmasst mein Gewissen zu bewerten? Ich entschied mich für den einfacheren Weg, besuchte meinen Hausarzt und wurde noch am Tag der Aushebung aus der Armee entlassen. Heute würde ich mich anders entscheiden. Im Zivildienst hätte ich tatsächlich etwas Sinnvolles tun können. Kümmerst man sich darum, findet man auch ausserhalb des Pflegebereichs interessante und sinnvolle Einsatzorte. Jedem steht ein Bereich offen, der seinen

Mehrere Hürden

Die Möglichkeit zum Zivildienst wurde erst Mitte der neunziger Jahre in die Verfassung aufgenommen. Davor konnte man sich nur durch Verweigerung oder Untauglichkeit dem Militärdienst entziehen und wurde mit Gefängnis bestraft. Ein Schicksal, das einige ältere GSoA-AktivistInnen teilen. Um die neue Dienstform dennoch unattraktiv zu gestalten, wurden im Militärgesetz gleich mehrere Hürden eingebaut. Die Dienstzeit wurde gegenüber dem Militärdienst um 150 Tage verlängert,

der Gesuchsteller musste seinen Entscheid schriftlich begründen und vor einer dreiköpfigen Kommission in Thun vorsprechen. Viele dieser Fälle konnten von der unabhängigen Beratungsstelle für Militärverweigerung und Zivildienst zu einem erfolgreichen Abschluss begleitet werden. Die kompetenten Mitarbeiter konnten so manchen verzweifelten Rekruten auf dem Weg durch die Instanzen begleiten. Seit der letzten Revision des Militärgesetzes 2004 wurden die zu leistenden Dienstage auf 390 gekürzt und die Zivis können ihre Einsätze etwas flexibler gestalten.

Nur die freie Wahl ist fair

Die Zahl der Zivildienstgesuche hängt auch davon ab, wie stark die Armee ihre Rekruten als untauglich einstuft. In Jahren, in denen Rekruten einfach über den blauen Weg der Armee entkommen können, sinkt auch der Anteil an Zivildienstleistenden. Hat die Armee wieder einmal ein Glaubwürdigkeitsproblem, weil sie über 40% aller Rekrutierten als untauglich einstuft, und in folgenden Jahren die Hürden höher stellt, bemühen sich wieder vermehrt Rekruten um die taugliche Alternative Zivildienst.

Die GSoA ist der Ansicht, dass der Zivildienst dem Militärdienst gleichgestellt werden muss. Deshalb gibt es nur eine faire Lösung: Die Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst bei gleich langer Dauer. Es ist an der Zeit, davon abzukommen, Zivildienstleistende zu bestrafen. Ihr Wille, sich für die Gesellschaft einzusetzen, muss endlich anerkannt werden. Wir fordern die Freiwilligkeit des Zivildienstes sowie eine Öffnung für Frauen und AusländerInnen.

Längst fällige Abschaffung

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde nun getan: Ende Dezember verkündete der Bundesrat, dass die Gewissensprüfung als Zulassungskriterium zum Zivildienst ersatzlos gestrichen werden soll. Man erhofft sich dadurch eine Kosteneinsparung und ein transparenteres Verfahren. Die Kosten von ca. 6'000 Franken pro bewertetem Fall gaben offensichtlich den Ausschlag; denn insgesamt lässt sich so jährlich rund eine Million Franken einsparen.

Der so genannte «Tatbeweis» (die Bereitschaft zum längeren Dienst) soll allerdings beibehalten werden. Noch immer haben Zivis andert-halbmal solange Dienst zu leisten wie Soldaten. Noch immer werden also die jungen Leute bestraft, welche ihren Dienst an den Einwohnern dieses Landes sinnvoll, gewaltfrei leisten wollen. Es kann und darf nur eine Frage der Zeit sein, bis eine dermassen absurde Werteverdrehung nur noch als Kuriosum aus der Vergangenheit bekannt ist.



WEHRPFLICHT

Wenn Krankheit zur Manövriermasse wird

Die Armee XXI hat gemäss eigenen Angaben einen Nachwuchsbedarf von 24'500 Armeemitgliedern pro Jahr. Der hohe Untauglichkeitsgrad führt nun dazu, dass diese Zahl unterschritten wird. Jetzt will das VBS handeln – mit fragwürdigen Mitteln. Von Martin Parpan

Der Anteil jener stellungspflichtigen jungen Männer, welche als dienstuntauglich erklärt werden, betrug in den Jahren zwischen 2003 und 2007 im Schnitt rund 35%. Zu diesen 35% kommen dann nochmals gegen 5% dazu, die nach der Aushebung, also während der Rekrutenschule, dienstuntauglich erklärt werden. Hier beginnt das eigentliche Problem für die Armee. Die übrigen 60% diensttauglichen Soldaten sind nämlich zu wenig, um auf den erwähnten Nachwuchsbedarf von 24'500 Soldaten pro Jahr zu kommen. Im Jahr 2007 fehlten der Armee rund 1'700 Soldaten.

Wertewandel

Was tun bei zu wenig tauglichen Soldaten? Diese Frage stellte sich die vom Oberfeldarzt

der Armee eingesetzte «Arbeitsgruppe Optimierung Tauglichkeitsrate» im vergangenen Jahr. Die Armee hofft, dass sich der Wehrwille der jungen Männer wieder verbessert. Dies obwohl auch der Bundesrat in seinem Bericht zur Wehrgerechtigkeit vom März 2007 festhielt, dass eine Untauglichkeitserklärung früher eben als Makel empfunden wurde und den Verlust an Ausbildungs- und Berufschancen bedeuten konnte. Heute werde die Last der persönlich zu erbringenden Leistung als immer drückender und gelegentlich sogar als Konkurrenznachteil auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wahrgenommen.

Gesundheit per Befehl

Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen entschied die Armee, vor allem bei den medizinischen Anforderungen anzusetzen. Die sogenannte «Nosologia militaris», also jenes als vertraulich klassierte Reglement, welches für die Tauglichkeitsbestimmung von Soldaten herangezogen wird, wurde überarbeitet. Das Resultat: Wenn ein stellungspflichtiger junger Mann noch im Jahr 2007 aufgrund seiner Krankheit dienstuntauglich erklärt wurde,

muss das nicht heissen, dass ein Stellungspflichtiger im Jahr 2008 mit dem selben Krankheitsbild ebenfalls dienstuntauglich ist. Die GSoA konfrontierte die «Kommunikationsstelle Verteidigung» mit der Frage, welche Krankheitsbilder den nun konkret aus der «Nosologia militaris» entfernt wurden oder anders ausgedrückt, aus welchen Kranken von heute auf morgen gesunde Menschen werden sollen. Die Antwort: «Es gäbe gewisse Krankheiten, die nach der Diagnosestellung aufgrund des medizinischen Fortschritts so behandelt werden könnten, dass die Person wiederum gesund und somit militärdiensttauglich würde. Dies treffe zum Beispiel auf bestimmte Herzrhythmusstörungen und Blutkrankheiten oder auch auf bestimmte psychische Störungen zu. Somit sei bei gewissen Krankheiten eine «Rückstellung» des Militärdienstes zu veranlassen und die Person zu einem späteren Zeitpunkt nochmals bezüglich Tauglichkeit zu beurteilen». Wie die Armee bei solchen Fällen in der Praxis vorzugehen gedenkt, bleibt allerdings ein Rätsel. Es ist davon auszugehen, dass Menschen mit Herzrhythmusstörungen, Blutkrankheiten oder psychischen Störungen

sehr wohl wissen, wie sie mit ihren Krankheiten am sinnvollsten umzugehen haben. Diese Menschen warten kaum darauf, dass sie von der Armee den «Befehl» erhalten, sich einer Therapie zu unterziehen. Die Armee versucht dieses Problem insofern zu relativieren, als dass sie betont, dass die «Nosologia militaris» nur als Rahmen zu betrachten sei und die Beurteilung der Diensttauglichkeit letztendlich ein individueller Prozess bleibe, mit persönlichen Gesprächen und verschiedenen Untersuchungen.

Heikles Terrain

Es bleibt abzuwarten, wie sich die veränderte Rekrutierungspraxis in der Praxis auswirkt. Klar ist, dass genau geprüft werden muss, ob die Armee ihr zahlenmässiges Problem nicht zu Lasten von kranken Menschen zu lösen versucht. Die Armee befindet sich hier auf sehr heiklem Terrain.

NEUER ARMEECHIEF

Die grosse Absage

(rm) Eigentlich wollten wir an dieser Stelle ein Interview mit dem neuen Armeechef, Roland Nef, abdrucken. Das Interview kam leider nicht zustande. Damit die vorliegende Seite nun nicht halb leer bleibt, legen wir an dieser Stelle offen, wie das Nichtzustandekommen des Interviews, das nie stattgefunden hat, zu Stande kam.

Von: Reto Moosmann (GSoA)
Gesendet: Mittwoch, 9. Januar 2008 14:07
An: Nef Roland (CDA)
Cc: Endrich Felix (CDA)
Betreff: Anfrage Interview mit dem neuen Chef der Armee

Sehr geehrter Herr Nef

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) wünscht Ihnen für Ihre neue Aufgabe an der Spitze der Armee alles Gute.

Die GSoA publiziert vierteljährlich die GSoA-Zitig (Auflage rund 20'000) und berichtet und kommentiert darin kritisch über die Schweizer Armee sowie allgemein zur nationalen und internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik. In der nächsten Ausgabe von Ende Februar 2008 würden wir gerne ein Interview zu verschiedenen aktuellen Themen mit Ihnen führen (Armee in der inneren Sicherheit, Auslandseinsätze, Armeeerformen, Armeebewaffnung, etc.). Es würde uns freuen, wenn Sie sich bereit erklären können, der GSoA-Zitig zu diesen Themen Auskunft zu geben.

Wie Sie wissen, sind die politischen Differenzen zwischen der Armee und der GSoA gross. Wir finden aber, dass uns das nicht davon abhalten sollte, auch miteinander zu sprechen. In diesem Sinne würden wir es sehr begrüßen, das Interview mit Ihnen führen zu können und Sie der armeekritischen LeserInnenschaft der GSoA-Zitig vorzustellen.

Für Ihre baldige Antwort danken wir Ihnen im voraus.

Mit freundlichen Grüßen
 Reto Moosmann
 Sekretär GSoA

Von: Felix Endrich (CDA)
Gesendet: Dienstag, 22. Januar 2008 13:30
An: Reto Moosmann, Roland Nef (CDA)
Betreff: Re: Anfrage Interview mit dem neuen Chef der Armee

Sehr geehrter Herr Moosmann,

Besten Dank für Ihre Interviewanfrage, die ich im Namen des Chefs der Armee aus folgenden Gründen abschlägig beantworte:

- der Chef der Armee beantwortet im ersten Halbjahr Interviewanfragen generell abschlägig. Er wird sich den Medien erst wieder am 27. Juni 2008 zu allgemeinen Fragen stellen.
- der Chef der Armee verschliesst sich dem offenen Dialog nicht, er will das aber offen mit Teilnehmern aus verschiedenen Pro- und Kontra-Lagern, zum Beispiel in einem Podiumsgespräch tun.
- die Standpunkte von Armee und Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee sind fest und so weit auseinander, dass gegenseitige Überzeugung oder ein Konsens nicht möglich sind.
- ein exklusives Interview in der Zeitung der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee mit dem Chef der Armee wäre für die Armee nicht produktiv und zielführend.

Sollten Sie Sachfragen an die Armee haben, so stehen ich und meine Mitarbeiter gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
 Felix Endrich
 Informationschef/Verteidigung/Armeesprecher
 Eidgenössisches Departement für
 Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

O du Vertrauensselige

Vertrauen ist ein wertvolles Gut. Und die Armee hat eine Menge davon. Zum Beispiel in die Fähigkeit ihrer SoldatInnen, gefahrlos Wachdienst mit durchgeladener Waffe leisten zu können. Wer will denn gleich an eine Wiederholung des Schiessunfalls von Affoltern denken?

Auch Pilatus-Verwaltungsratspräsident Oscar J. Schwenk ist ein vertrauensseliger Mann. Er glaubte dem Versprechen des tschadischen Menschenrechtsverletzers Idriss Déby, die militärischen Flugzeuge der Stanser Firma nicht mit Waffen auszustatten und nur für Trainingszwecke zu verwenden. Wer konnte denn ahnen, dass der Diktator kein Gentleman ist?

Keinen Glauben schenkte hingegen die Basler Polizei einer tschechischen Touristengruppe, die sich verdächtigweise genau dann in der Stadt herumtrieb, als eine Demonstration gegen das WEF angekündigt war. Sicher ist sicher, sagte man sich wohl, und verhaftete das Dutzend Architekturstudenten kurzerhand. Dasselbe Schicksal ereilte einen WOZ-Mitarbeiter, der die Anti-WEF-Demonstration vom 19. Januar in Bern journalistisch begleiten wollte. Der Journalist habe «engen Kontakt zu den Organisatoren der Demonstration» gehabt, rechtfertigte sich die Berner Polizei.

Engen Kontakt hatte zweifellos auch Oscar J. Schwenk mit Idriss Déby, wobei ein journalistischer Hintergrund wohl ausgeschlossen werden kann. Ob er deshalb festgenommen wird? Ein Narr, wer so viel Vertrauen in die Rechtsgleichheit hat.

Andreas Cassee

Von: Reto Moosmann (GSoA)
Gesendet: Donnerstag, 24. Januar 2008 16:49
An: Felix Endrich (CDA)
Betreff: Re: Anfrage Interview mit dem neuen Chef der Armee

Sehr geehrter Herr Endrich

Wir bedauern sehr, dass ein Interview mit CdA Roland Nef aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist. Wir nehmen aber gerne zur Kenntnis, dass allenfalls anlässlich eine Podiums mit verschiedenen Teilnehmern eine Diskussion über die Armee möglich ist. Wir erlauben uns allenfalls, Sie zu einem späteren Zeitpunkt diesbezüglich zu kontaktieren.

Auf Ihr Angebot, der GSoA bei Sachfragen zur Verfügung zu stehen, komme ich gerne zurück. Wir wurden heute von einem Mitbürger angefragt, wieviel Treibstoff die Schweizer Luftwaffe jährlich für Trainings- und Einsatzflüge benötigt. Können Sie mir da weiterhelfen?

Besten Dank und freundliche Grüsse
 Reto Moosmann
 Sekretär GSoA

ANTI-WEF

Die Logik des Generalverdachts

Wie es zur Logik des Generalverdachts kam – ein Rückblick auf die Ausweitung der inneren Sicherheit in den letzten vier Jahren. Von Bettina Surber

Am 26. Januar 2008 fand in Basel eine unwillige Demonstration gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos statt. Die Polizei nahm zahlreiche Personen vorübergehend fest. Unter den Verhafteten: Eine Gruppe tschechischer Touristen. Mittlerweile ist in den Augen der Polizei während einer Demonstration offenbar jeder verdächtig, ein militanter Aktivist zu sein.

Von der Einkesselung...

Alles begann am 24. Januar 2004, als im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen das Weltwirtschaftsforum 1'082 Personen in Landquart von der Polizei festgehalten und kontrolliert wurden. Die Betroffenen mussten unter widrigsten Bedingungen stundenlang in der Kälte ausharren. Gründe für die Festnahmen wurden keine angegeben.

Noch im gleichen Jahr, am 5. Dezember 2004, traf es Fussballfans des FC Basel, die in einem Extrazug angereist waren, um das Meisterschaftsspiel GC gegen Basel zu sehen. Im Bahnhof Zürich Altstetten war Endstation. Nachdem die Fans den Zug verlassen hatten, kam es zu 427 vorübergehenden Festnahmen. Darunter viele Minderjährige. Auch hier wurden die Verhafteten über Stunden festgehalten. Gerechtfertigt wurde diese Aktion mit der Angst vor gewalttätigen FC Basel-Fans. Begründet werden konnten die einzelnen Festnahmen aber nicht.

P.S. Die letzte Mail – und insbesondere unsere Frage zum Treibstoffverbrauch der Luftwaffe – wurde bis Redaktionsschluss nicht beantwortet. Ob Herr Endrich sein Angebot, für Sachfragen zur Verfügung zu stehen, doch nicht so ernst gemeint hat? Klar, unsere Frage kommt ja auch zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt (Initiative gegen Kampffjetlärm...)

P.P.S. Irgendwie hat die Armee schon ein sehr spezielles Demokratieverständnis. Wenn wir die Antwort von Herrn Endrich richtig lesen, dann will die Armee nur mit Personen und Organisationen debattieren, bei denen Aussicht auf «gegenseitige Überzeugung oder Konsens» besteht. Wir befürchten, dass die Armee – sollte sie an diesem Grundsatz festhalten – wohl bald ganz stumm sein wird...

P.P.P.S. Wir sind schon ein wenig enttäuscht (und auch ein bisschen im Stolz verletzt), dass «25 Jahre GSoA» an Felix Endrich offensichtlich spurlos vorbeigegangen sind. Denn im VBS – im Departement für Vertei... ääääh, wie war das schon wieder? – weiss man offensichtlich immer noch nicht, wofür das «G» in «GSoA» steht.

... zum Generalverdacht

Drei Jahre später bekamen Kulturschaffende in Luzern die Polizeiwillkür zu spüren, als sie am 1. Dezember 2007 gegen die Schliessung des Kulturzentrums Boa demonstrieren wollten. Für einen solchen Protest gab es am Abend vor der Euro-Auslosung im KKL keinen Platz. Es kam zu 245 vorübergehenden Festnahmen. Unter unmenschlichen Bedingungen mussten die Betroffenen stundenlang in einer Zivilschutzanlage ausharren. Die Festnahmen erfolgten völlig grundlos und willkürlich, ohne Verdacht auf strafbare Handlungen.

An der Anti-WEF-Demonstration vom 18. Januar 2008 in Bern wurden schliesslich über 200 Personen vorläufig festgenommen. Auch hier fehlte für die Festnahmen jegliche Grundlage. Es ging für die Polizei in erster Linie um eine Wiederherstellung der Ehre, nachdem sie nach den Ausschreitungen vom 6. Oktober 2007 viel Kritik hatte einstecken müssen. So wurde aus der Demonstration gegen das WEF eine Demonstration der Polizei. Unter den Verhafteten waren auch zwei Journalisten, die über die Demonstration berichten wollten. Damit erreichte die Einschränkung der verfassungsmässigen Rechte ihren vorläufigen Höhepunkt. Neben der Versammlungsfreiheit, der Meinungsäusserungsfreiheit und der persönlichen Freiheit wurde hier auch die Pressefreiheit beschnitten.

Nach den Politaktivisten die Fussballfans, nach den Fussballfans die Kulturschaffenden, nach den Kulturschaffenden die Journalisten, nach den Journalisten die Touristen. Irgendwann nehmen sich die Polizisten noch gegenseitig fest.

GLOBALE AUFRÜSTUNG

Das Ende der Friedensdividende

Anlässlich des Erscheinens des Widerspruch Nr. 53 veröffentlichen wir hier eine stark gekürzte Version des Artikels «Die Schweiz als Profiteurin der weltweiten Remilitarisierung» von Tom und Andreas Cassee.

Die nach dem Kalten Krieg verbreitete Hoffnung, mit dem Ende der bipolaren Weltordnung werde das Wettrüsten abnehmen und die Militärausgaben könnten schrittweise zivilen Verwendungen zugeführt werden, wurde enttäuscht. Zwar sanken die weltweiten Ausgaben für Rüstung und Militär nach Schätzungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung SIPRI von 1988 bis 1996 um rund 30

Prozent. Doch seit 1998 steigen die Aufwendungen für militärische Zwecke wieder, wobei die grössten Zuwachsraten auf die beiden Jahre vor und zu Beginn des Irak-Krieges entfallen. 2006 lagen die weltweiten Militärausgaben mit 1'204 Milliarden US-Dollar inflationsbereinigt nur noch 3 Prozent unter der Marke von 1988.

Und die quantitative Re-Militarisierung ist längst nicht der einzige Grund zur Besorgnis: Die Vereinten Nationen werden zunehmend marginalisiert und fügen sich in die Rolle, völkerrechtswidrige Kriege nachträglich zu mandatieren. Die Zahl der Atomkräfte ist gestiegen, Abrüstungsverträge sind ebenso unter Beschuss geraten wie das Folterverbot, und obwohl gerade die Rüstungsindustrie gerne auf

die gestiegene Präzision ihrer «intelligenten» Bomben hinweist, ist das Verhältnis von zivilen zu militärischen Opfern in bewaffneten Konflikten stetig angestiegen: Waren im Ersten Weltkrieg rund 10 Prozent der Todesopfer ZivilistInnen, so sind es bei den aktuellen Kriegen gegen 90 Prozent.

Neue Feindbilder

Die Feindbilder und Bedrohungsszenarien, die zur Legitimation der Verteidigungsbudgets herangezogen werden, haben sich gewandelt: Die «kommunistische Gefahr» wurde vom «islamistischen Terrorismus» abgelöst; in Europa werden oft auch humanitäre Motive für militärische Interventionen geltend gemacht. Dass in Wirklichkeit meist wirtschaftliche Interessen den Ausschlag geben, hat der im März 2003 begonnene Irak-Krieg nur allzu deutlich gemacht. Bereits im April 2001, drei Monate nach Amtsantritt der Bush-Administration, wurde in der «Energy Task Force» eine Studie diskutiert, welche ein militärisches Eingreifen im Irak forderte.

Auch in Kolumbien, Saudiarabien und Georgien schützen US-amerikanische Soldaten Pipelines und Raffinerien. Der amerikanische Professor Michael Klare spricht von einem stetigen Wandel des US-Militärs hin zu einer globalen «Öl-Schutzmacht». Und auch die anderen Grossmächte bleiben nicht untätig: China ist vor allem in Zentral- und Westafrika aktiv; Russland ringt mit den USA um Einfluss rund um das Kaspische Meer. In der EU steht ne-

ben der Rohstoffsicherung die Migrationsabwehr im Fokus der Militärstrategen. Die europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (Frontex) wird massiv aufgerüstet, und der deutsche Verteidigungsminister Franz Joseph Jung begründete den Einsatz von deutschen Soldaten im Kongo wie folgt: «Es geht auch um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen – möglicherweise noch dramatischer als beim Bosnienkrieg!» Auf die Frage, ob es auch um wirtschaftliche Interessen gehe, antwortete er: «Die stehen hier nicht im Vordergrund. Aber Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.»

Die Rolle der Schweiz

Auch die Schweiz, die sich gerne als humanitäre und neutrale Kraft präsentiert, ist auf vielfältige Weise in das Geschäft mit dem Krieg involviert. Sie dient sich den an Rohstoffkriegen beteiligten Akteuren einerseits als Finanz- und Handelsplatz an; aufgrund steuerlicher Privilegien für Holdings ist der Kanton Zug zur führenden Drehscheibe im globalen Rohstoffhandel geworden. Andererseits liefert sie Waffen an die kriegführenden Staaten. 85 Prozent der Schweizer Waffenausfuhren gingen 2006 an Staaten, die sich am «Krieg gegen Terror» im Irak und in Afghanistan beteiligen. Gegen diese indirekte Kriegsbeteiligung der Schweiz richtet sich die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», die im September letzten Jahres mit 109'224 gültigen Unterschriften eingereicht wurde.



REZENSION

Weltordnung, Kriege und Sicherheit

Der neue «Widerspruch» setzt sich mit verschiedenen GSoA-Kernthemen auseinander. Eine Lektüre, die allen friedenspolitisch Interessierten wärmstens empfohlen sei. Von Felix Birchler

Die neuste Ausgabe des «Widerspruch» widmet sich der Entwicklung, dass heute mit einem Sicherheits-Diskurs weltweit grundlegende Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Grund- und Freiheitsrechte aber auch des Völkerrechts infrage gestellt werden. Friedenspolitische Strategien und Projekte geraten scheinbar ins Hintertreffen, wenn die allgemeine Gemütslage von einer immer gefährlicheren, unsicheren Weltlage ausgeht. Der «Widerspruch» bietet in zahlreichen interessanten Beiträgen

ebenso fundierte Analysen, wie auch Ansätze zum Widerstand gegen scheinbar unvermeidliche Entwicklungen.

So zeigt Jürgen Wagner von der «Informationsstelle Militarisation», wie das eigentlich endgültig abgehakt geglaubte Konzept von Protektoraten und Kolonien eine Renaissance erlebt. Nach militärischen Interventionen in Krisenregionen wird das Gebiet besetzt gehalten, natürlich unter dem Vorwand, dass nur eine westliche Militärmacht vor Ort für die Sicherheit der Bevölkerung garantieren könne.

Neuorientierung der Schweizer Armee

In ihrem Beitrag stellen Reto Moosmann und Josef Lang die Frage nach der Neuorientierung der Schweizer Armee. Sie konstatieren den ungebrochenen Willen der Armeespitze

zur Ausrichtung auf Auslandseinsätze. Die Strategie steht aber gleich von zwei Seiten unter Druck. Zum einen von Seiten der nationalkonservativen Militärtraditionalisten, zum andern von Seiten der friedenspolitischen Linken. Erfreut stellen die beiden Autoren fest, dass die Linke in der Ablehnung militärischer Abenteuer wieder geschlossener und somit gestärkt auftritt.

Auch der Historiker Bernard Degen geht auf die Orientierungskrise der Schweizer Armee ein. Er hält Rückschau auf die Art und Weise, wie sich das Militär seit dem Zweiten Weltkrieg als unverzichtbares Element zur Wahrung der inneren Sicherheit präsentierte. Mit dem Ende des Kalten Krieges sei diese Legitimationsschiene mehr oder weniger weggebrochen, meint Degen.

USA

Der Krieg im Vor-Wahlkampf

Viel wurde in letzter Zeit über die Vorwahlen in den USA berichtet. Auch die GSoA-Zeitung nimmt sich für einmal dieses Themas an und nimmt die PräsidentschaftskandidatInnen unter die friedenspolitische Lupe. Von Andreas Weibel*

Zum Zeitpunkt, an dem diese Zeitung erscheint, ist vielleicht schon entschieden, wer für die beiden grossen Parteien ins Rennen um die amerikanische Präsidentschaft steigen wird. Wir wollen aber trotzdem einen Blick auf diese Wahlen werfen, denn sie sind spannend und es steht viel auf dem Spiel, nicht nur für die USA, sondern für die ganze Welt. Knapp fünf Jahre sind mittlerweile vergangen seit dem Angriff auf den Irak. Es besteht wenig Hoffnung, dass das Land unter US-Besatzung in absehbarer Zeit zur Ruhe kommen wird. Laut Umfragen halten fast zwei Drittel der Menschen in den Vereinigten Staaten den Krieg inzwischen für einen Fehler. Auch wenn die wirtschaftlichen Probleme vermehrt ins Zentrum der Diskussionen rücken, bleibt

der Irak eines der dominanten Themen im Wahlkampf. Dieser Artikel wirft einen friedenspolitischen Blick auf die Position der wichtigsten KandidatInnen.

KandidatInnen der Demokratischen Partei

Hillary Clinton: Zu Beginn unterstützte sie die Kriege der Bush-Administration in Afghanistan und im Irak. Nachdem der Misserfolg immer deutlicher und die öffentliche Opposition gegen den Krieg immer stärker wurde, änderte sie ihre Meinung allmählich, bis sie sich schliesslich im November 2005 erstmals gegen den Irak-Feldzug aussprach. Ihr Wahlprogramm sieht vor, die US-Kampfruppen innerhalb von etwa 18 Monaten aus dem Irak zurückzuziehen. Im Nahost-Konflikt nimmt sie klar Stellung zugunsten von Israel, was es für eine Regierung unter ihrer Führung noch schwerer machen würde, vermittelnd aufzutreten. Sie lehnt direkte Verhandlungen mit dem Iran über sein Atomprogramm ab.

Barack Obama: Im Gegensatz zu seiner schärfsten Konkurrentin hat er sich schon seit 2002 öffentlich gegen den Krieg im Irak ge-

stellt. Dafür verdient er Respekt, zumal diese Position zu jener Zeit selbst in der demokratischen Partei ausgesprochen unpopulär war. Obama ist wohl derjenige Kandidat, welcher der Rolle von internationalen Institutionen wie der UNO, Kyoto und vielleicht sogar dem internationalen Strafgerichtshof am meisten Bedeutung zumisst. Das Konzept von humanitären Interventionen – insbesondere wenn sie unilateral erfolgen – hält er ausdrücklich für falsch. Wie Hillary Clinton plädiert Obama für einen geordneten Rückzug aus dem Irak innerhalb von rund 18 Monaten. Für den Nahen Osten plant er eine umfassende Friedensinitiative, welche auch Syrien und den Iran einbinden soll. Aber auch Barack Obama ist alles andere als ein Pazifist. Er fordert zusätzliche Investitionen in Material und Ausbildung der Streitkräfte. Im Senat hat er für die laufende Finanzierung der Truppen im Irak gestimmt (mit dem Argument, dass man die SoldatInnen nicht im Stich lassen könne, auch wenn die Invasion ein Fehler war). Und wenn es um «vitale Interessen» der USA geht, schliesst auch er Militärschläge nicht aus. So

wirft er der Bush-Regierung regelmässig vor, zu wenig aggressiv gegen vermutete Al-Qaida-Hochburgen in Pakistan vorzugehen.

Dennis Kucinich: Er wäre der Kandidat für alle Friedensbewegten. Das Ende der Besetzung des Iraks ist sein Hauptthema. Er fordert einen möglichst raschen Rückzug aus dem Zweistromland, massive Wiederaufbauhilfe und den Verzicht auf alle Pläne, die irakische Ölindustrie zu privatisieren. Die Sicherheit im Irak soll von UNO-Truppen gewährleistet werden, falls dies von den Parteien im Irak gewünscht wird. Er spricht sich für ein weltweites Verbot von Munition aus abgereichertem Uran aus. In den ersten Vorwahlen erreichte er jedoch nur wenige Prozent der Stimmen und wurde seither von den Medien nur noch am Rande erwähnt. Auch seine Erklärung, in den Siebziger Jahren ein UFO gesichtet zu haben, dürfte ihm nicht zu mehr Glaubwürdigkeit verholfen haben.

Kandidaten der Republikanischen Partei

Mitt Romney: Der Kandidat des republikanischen Establishments bezeichnet den radikalen Islam als «Faschismus und Sowjet-Kommunismus des 21. Jahrhunderts». Romneys Pläne sehen vor, dass die jährlichen Militärausgaben mindestens vier Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts betragen sollen. Er befürwortet den Krieg im Irak, hängt dies jedoch nicht an die grosse Glocke.

John McCain: Der überzeugte Falke kritisierte von Anfang an Bushs Strategie im Irak als zu knauserig und plädierte für eine Erhöhung der amerikanischen Truppenstärke. Während des Vietnam-Krieges wurde McCain in Kriegsgefangenschaft schwer misshandelt. Mit dieser Erfahrung im Hintergrund kritisiert er die zwiespältige Haltung der derzeitigen US-Regierung zum Thema Folter dezidiert.

Mike Huckabee: Allgemein wird ihm wenig aussenpolitisches Wissen oder Interesse attestiert. Angesprochen auf einen Zwischenfall zwischen Schiffen der US-Marine und iranischen Patrouillenbooten im persischen Golf, meinte der ehemalige Baptisten-Prediger Huckabee in einer Fernsehdebatte: Die Iraner sollten sich vorbereiten «to see the gates of Hell», die Pforte zur Hölle zu sehen. Wie McCain kritisiert er die Pläne der Bush-Regierung für den Irakkrieg als zu schmalbrüstig.

Ron Paul: Die Ansichten des proto-libertären Ron Paul fallen ein wenig aus dem republikanischen Rahmen. Seine Ideen, welche bisweilen als wirtschaftsliberaler Anarchismus bezeichnet wurden, stossen vor allem bei jungen WählerInnen auf eine erstaunlich grosse Resonanz. Er kämpft gegen alles, was mit der Regierung zu tun hat, sei es der Sozialstaat, die öffentliche Gesundheitsversorgung oder Entwicklungshilfe. Als einziger republikanischer Kandidat stellt er sich konsequenterweise aber auch klar gegen den Krieg im Irak und plädiert für eine radikale Verkleinerung der US-Streitkräfte. Interessanterweise hat auch er viele UFO-Fans in seiner Anhängerschaft.

Massenmedien sind für die Masse ...

... der **Zeitpunkt** ist für dich!

☒ **Wer seinen Geist mit Massenmedien ernährt, leidet** unter den Feindbildern der Machtpolitik und den Trugbildern des Konsumismus. Das kostet Geld und Lebensenergie.

☒ **Der Zeitpunkt schreibt für intelligente Optimistinnen und konstruktive Skeptiker**, für Menschen, die an die Kraft gelebter Träume glauben und die wissen wollen, worauf es ankommt.

☒ **Unser Vorschlag zum Kennenlernen: Ein Schnupperabo ohne Risiko** mit drei Ausgaben für Fr. 20.- (statt Fr. 30.- am Kiosk).

Bestelltalon

Ich möchte ein Schnupperabo des **Zeitpunkt** mit drei Ausgaben für Fr. 20.- (statt 30.- am Kiosk)

(Vor-)Name:

Strasse/PLZ/Ort:

Garantie: Wenn Ihnen die erste Nummer nicht gefällt, genügt eine Mitteilung zur Stornierung. Jeden Monat Verlosung von 5 Umwelt-DVDs.

Ausschneiden und einsenden an: Zeitpunkt, Langendorfstr. 19, CH-4500 Solothurn. Der schnellste Weg: schnupperabo@zeitpunkt.ch



ZP 89:
Die armen Männer – auch Frauen lieben die Opfer des Feminismus nicht.

ZP 90:
Das real existierende Glück – unsichtbar vor unseren Augen

ZP 91:
Das Ende der Demokratie – oder erst ihr Anfang?

ZP 92:
Fürchtet euch nicht! Strategien gegen die Angst



Zeitpunkt
FÜR INTELLIGENTE OPTIMISTEN

* Der Autor dieses Artikels wohnt derzeit in den USA. Als freiwilliger Helfer für die Kampagne von Barack Obama ist er in New Hampshire während einigen Tagen von Tür zu Tür gelaufen und hat am Strassenrand Fähnchen geschwenkt.

SWISSCOY-EINSATZ

Nationalrat vor zweitem Völkerrechtstest

Im Dezember hat die Mehrheit des Nationalrats mit der Abwahl von Christoph Blocher den Völkerrechtstest bestanden. Wird sie ihn auch beim Kosovo-Einsatz bestehen? Von Josef Lang

In der Frühjahrsession wird der Nationalrat ein weiteres Mal über die Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes beraten. Bereits vor vier und vor zwei Jahren habe ich im Nationalrat das Nichteintreten auf das entsprechende Geschäft beantragt. Das Hauptargument war und bleibt: Die Schweiz soll sich auf ihre Stärke, das zivile Friedenshandwerk, konzentrieren. Deshalb werde ich in einem Vorstoss verlangen, dass die Schweiz die knapp 40 Millionen Franken, welche der Militär-Einsatz im Kosovo offiziell kostet, künftig für den zivilen Wiederaufbau, die Friedensförderung und die huma-

nitäre Hilfe, insbesondere zugunsten der Roma, einsetzt.

«Zigeunerfreier» Kosovo

Die Roma, die im Kosovo einst 150'000 bis 200'000 Personen zählten, wurden während und nach dem NATO-Krieg zu 90 Prozent vertrieben und verdrängt. Diese ethnische Säuberung, für welche albanische Ultranationalisten verantwortlich sind, gehört zu den drei umfangreichsten, die in den letzten dreizehn Jahren auf dem Balkan stattfanden. Die Unabhängigkeit des Kosovo dürfte das Ende der früher in der Region gut integrierten und mehrheitlich sesshaften Roma bedeuten. Diese Tragödie müsste all jenen zu denken geben, die glaubten, mit Bomben und Soldaten liesse sich eine «multiethnische Gesellschaft» verteidigen oder schaffen. Hierin dürfte – abgesehen

von der Tatsache, dass die Roma im Unterschied zur serbischen Minderheit keinen Machtfaktor darstellen – die Haupterklärung dafür liegen, dass das Schicksal der Roma kein öffentliches Thema ist.

Neue Situation

Der anstehende Entscheid über die Verlängerung des Swisscoy-Mandats findet in zweierlei Hinsicht unter veränderten Vorzeichen statt: Erstens verliert das bisherige UNO-Mandat unter der Bedingung der Unabhängigkeit seine Gültigkeit. Die geltende UNO-Resolution geht ausdrücklich von der territorialen Integrität Jugoslawiens und deren Rechtsnachfolge aus (siehe Artikel unten). Ich habe deshalb einen Eventualantrag gestellt, der die Suspendierung des Swisscoy-Entscheides verlangt, bis eine neue UNO-Resolution vor-

liegt. Gerade ein neutraler Kleinstaat wie die Schweiz hat ein vitales Interesse, dass das Völkerrecht eingehalten wird. In der Blocher'schen Respektlosigkeit gegenüber demselben lag ein wichtiges Motiv für dessen Abwahl. Da die politisch tonangebenden Kräfte des kosovarischen Nationalismus eine albanische Nation anstreben, bleibt den Minderheiten, zuerst den verbliebenen Roma und später den verbliebenen SerbInnen die Wahl, das Land widerstandslos zu verlassen oder sich dagegen zu erheben. Bei der ersten Variante würden sich Swisscoy-Soldaten und mit ihnen die Schweiz zu Komplizen einer stillen ethnischen Säuberung machen. Bei der zweiten Variante müsste sich die Schweiz zurückziehen, weil sie nicht an Kampfhandlungen teilnehmen darf. Es sähe dann aus, als bekämen die Eidgenossen kalte Füsse, wenn der Boden unter denselben heiss wird.

UNABHÄNGIGKEIT KOSOVOS

Bankrotterklärung des humanitären Interventionismus

Die NATO-Intervention im Kosovo galt als epochenbildendes Ereignis – als Durchbruch des Prinzips der humanitären Interventionen. Keine 10 Jahre später zeigen die Diskussionen um eine Unabhängigkeit Kosovos, was für ein Scherbenhaufen angerichtet wurde. Von Felix Birchler

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo wurde nur vorläufig aufgeschoben. Die Verhandlungen innerhalb der Kosovo-Kontaktgruppe (USA, Russland, Deutschland, Italien, Frankreich, Grossbritannien) bestehen momentan vor allem aus weiteren Überzeugungs- und Druckversuchen auf Russland, die Loslösung Kosovos anzuerkennen. Zudem sollten offensichtlich die serbischen Präsidentschaftswahlen (Stichwahl am 3. Februar) abgewartet werden. Eine vorherige Unabhängigkeitserklärung Kosovos hätte dem Ultranationalisten Tomislav Nikolic noch weiteren Zulauf verschafft und damit zur weiteren Polarisierung beigetragen. Dennoch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. NATO und EU haben sich längst für einen unabhängigen Kosovo entschieden.

Der Weg zur Unabhängigkeit

Nachdem sich die serbischen Armee und Polizeikräfte 1999 aus dem Kosovo zurückgezogen hatten, wurde das Gebiet faktisch zu einem UN-Protectorat. Die unter NATO-Führung stehende KFOR sollte für Sicherheit und Ordnung, die von der UNO eingesetzte UNMIK für eine funktionierende Zivilverwaltung sorgen. Jahrelang galt dabei die Formel «Standards vor Status», mit der signalisiert werden sollte, dass über eine allfällige Unabhängigkeit des Kosovo erst verhandelt werden würde, wenn sich die Lage stabilisiert und grundlegende Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben zwischen Serben und Kosovaren erfüllt sind. Nach Gewaltausbrüchen im März 2004

verabschiedete sich die UNO jedoch von dieser Vorgehensweise. Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan beauftragte Martti Ahtisaari mit Belgrad und Pristina Verhandlungen über den künftigen Status Kosovos zu führen. Sei keine Einigung zu erreichen, solle er dem UN-Sicherheitsrat einen eigenen Lösungsvorschlag präsentieren. Wenig überraschend gelang es Ahtisaari nicht, die zwei diametral entgegengesetzten Positionen zu vereinbaren. Während die albanische Seite auf ihre Unabhängigkeit bestand, beharrte die serbische Seite darauf, dass der Kosovo eine Provinz Serbiens bleibt.

Im März 2007 legte Martti Ahtisaari deshalb dem UN-Sicherheitsrat seinen Vorschlag vor. Dieser schloss aus, dass Kosovo wieder als Teilprovinz in den serbischen Staat integriert werden könnte. Stattdessen wurde für den Kosovo eine Unabhängigkeit mit Auflagen vorgeschlagen. Die Auflagen betreffen insbesondere den Schutz der serbischen Minderheit im Kosovo, sowie die internationale Überwachung des neuen Staates. Kosovo solle jedoch eine eigene Verfassung, Armee, Fahne und Hymne erhalten, also alle Attribute eines unabhängigen Staates. Auch ein späterer UN-Beitritt wurde dem Kosovo in Aussicht gestellt. Die Unterstützung des Ahtisaari-Planes durch den Sicherheitsrat scheiterte dann allerdings am Veto Russlands, das sich einmal mehr hinter seinen Verbündeten Serbien stellte. So betraute der UN-Sicherheitsrat wiederum die Kontaktgruppe mit weiteren Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo. Das Verhandlungsmandat lief am 10. Dezember 2007 ohne zählbares Resultat aus. Seither wird nach Wegen und Mitteln gesucht, die Unabhängigkeit Kosovos gegen den Willen Serbiens und Russlands durchzudrücken. Die Unabhängigkeitserklärung (und ihre Anerkennung durch die EU und weitere Staaten) scheint bloss noch eine Frage der Zeit.

Die völkerrechtliche Bedeutung

Eine Unabhängigkeit Kosovos muss unweigerlich auch zu einer Neubeurteilung der Völkerrechtsmässigkeit der NATO-Intervention von 1999 führen. Es lassen sich zwei Varianten rekonstruieren, anhand derer damals versucht wurde, die NATO-Intervention als völkerrechtskonform erscheinen zu lassen. Beide werden durch die Unabhängigkeit Kosovos endgültig delegitimiert.

Einige namhafte, insbesondere amerikanische, Völkerrechtler bauten ihre Argumentation auf einer besonders spitzfindigen Auslegung des Gewaltverbotes in der UN-Charta auf. Dort heisst es in Artikel 2(4): «Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.» Hierzu wurde argumentiert, dass die NATO weder die politische Unabhängigkeit Serbiens angreife, noch einen Teil seines Territoriums abtrennen oder selber erobern werde. Die NATO-Intervention sei nur darauf ausgerichtet die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo zu stoppen, falle also nicht unter das Gewaltverbot der UN-Charta. Mit der Unabhängigkeit Kosovos wäre definitiv diese Argumentation nicht haltbar. Die NATO-Intervention hat offensichtlich die territoriale Integrität Serbiens nicht bewahrt und somit gegen die UN-Charta verstossen.

Eine zweite Variante, um die NATO-Intervention völkerrechtlich unbedenklich zu erklären, war der Hinweis auf die UN-Sicherheitsrats-Resolution 1244. Dabei wurde eingestanden, dass die NATO-Intervention ohne Mandat des Sicherheitsrates zwar verfahrenstechnisch nicht ganz sauber war, allerdings hätte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1244 dem Einsatz nachträglich seinen Segen

erteilt. Somit sei dieser nicht als Völkerrechtsbruch zu werten. Dieser Argumentationslinie schloss sich unter anderem die Schweiz an, um ihre Teilnahme an der KFOR als völkerrechtlich unbedenklich darzustellen. Der Haken dabei: in der Resolution 1244 steht ausdrücklich, dass die territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien zu wahren sei. Die Unabhängigkeit Kosovos ist also ein klarer Bruch genau der Sicherheitsrats-Resolution, welche der Schweiz als Deckmäntelchen für die rechtliche Unbedenklichkeit ihres Einsatzes diente (siehe Artikel oben). Wenn die Resolution 1244 gebrochen wird, kann diese auch nicht mehr als Legitimation für die NATO-Intervention beigezogen werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen: im Falle einer Unabhängigkeit Kosovos kann niemand mehr ernstesten Willens behaupten, die NATO-Intervention sei völkerrechtskonform gewesen. Und mit der Anerkennung Kosovos als souveränem Staat würde gleich der nächste Völkerrechtsbruch begangen: die Verletzung der Resolution 1244.

Der politische Präzedenzfall

Richtete die völkerrechtliche Beurteilung ihren Blick hauptsächlich in die Vergangenheit, so muss die politische Beurteilung vor allem den Vorbildcharakter für die Zukunft ins Auge fassen. Die NATO-Intervention im Kosovo galt als epochen- und paradigmengestaltend. Die Befürworter der NATO-Intervention sahen dadurch einem neuen Zeitalter zum Durchbruch verholfen: demjenigen der militärischen Durchsetzung der universellen Menschenrechte. Der Fall Kosovo ist auch paradigmengestaltend hinsichtlich der wahrscheinlichen Unabhängigkeitserklärung und er zeigt exemplarisch das naive Scheitern der humanitären Interventionisten. Denn eine Unabhängigkeit Kosovos könnte sich verheerend auf die internationale Ordnung und die weitere

DARFUR

Völkermord + Öl = Profit

Der Völkermord in Darfur wird zu einem grossen Teil aus den Öl-Einnahmen des sudanesischen Regimes finanziert. Involviert sind auch UBS, Credit Suisse und andere Schweizer Banken, die milliardenschwere Anteile an umstrittenen Ölfirmen im Sudan besitzen.

Von Andreas Missbach, Erklärung von Bern

Schweizer Banken sind auf mannigfache Weise mit Firmen verstrickt, die im sudanesischen Ölgeschäft tätig sind. Rund 70 Prozent der Öleinnahmen Sudans werden für militärische Zwecke verwendet. China National Petroleum Corporation (und ihre Tochtergesellschaft PetroChina), Sinopec (China), Petronas (Malaysia) und die indische Oil and Natural Gas

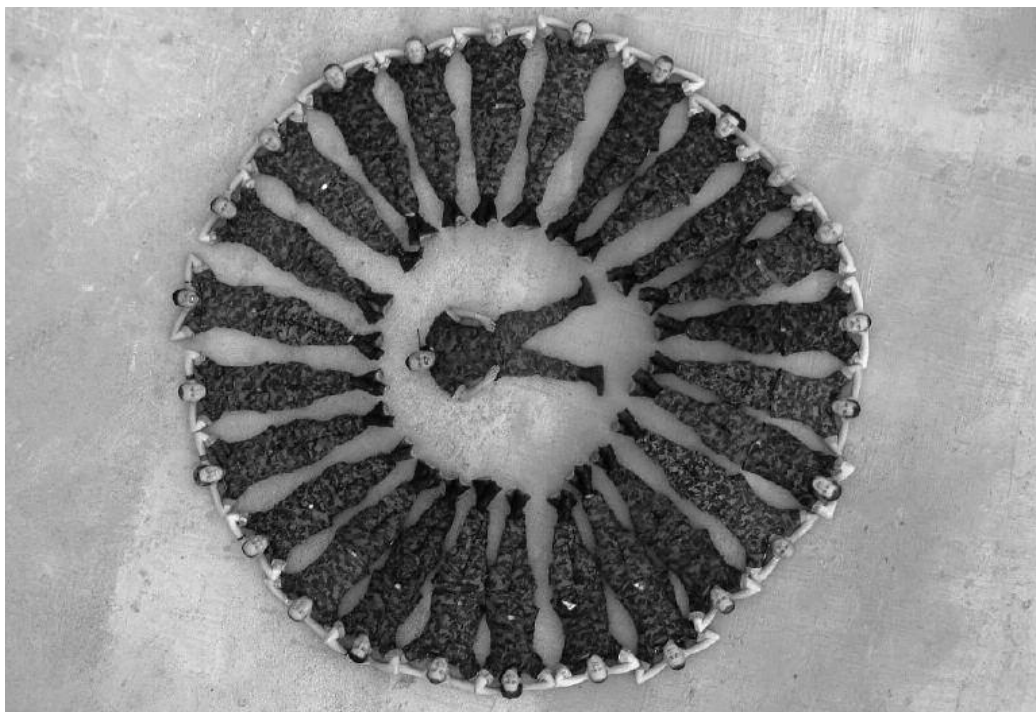
Company (ONGC) gehören laut der Menschenrechtsorganisation Genocide Intervention Network zu den grössten Missetätern im Zusammenhang mit dem Völkermord in Darfur.

Zahlreiche Schweizer Banken halten Beteiligungen an den oben genannten Ölfirmen: Die UBS hielt vor zwei Monaten Wertpapiere in der Höhe von 2,7 Mrd. Dollar, die CS von rund 2,8 Mrd. Dollar. Auch Kantonal- und Privatbanken sind in Millionenhöhe involviert. Die UBS organisierte darüber hinaus Anfang November in Shanghai den Börsengang von PetroChina, einer Tochterfirma der China National Petroleum Corporation, die extra dafür geschaffen wurde, ausländisches Kapital anzuziehen.

Komplizenschaft der Banken

Die finanziellen Verbindungen von Banken mit Firmen, die Sudan zu Öleinnahmen verhelfen, sind nur ein – allerdings gravierendes – Beispiel dafür, wie Banken in Komplizenschaft bei Menschenrechtsverletzungen geraten. Der Rohstoffsektor ist dafür besonders anfällig. PetroChina beispielsweise investiert über eine Milliarde Dollar in ein Pipelineprojekt in Burma, das der Militärdiktatur jährlich 150 Millionen Dollar Einnahmen verschaffen wird. Generell anfällig für solche Verstrickungen sind Finanzierungen in China. Die Credit Suisse hält dort eine Kapitalbeteiligung an einer Gesellschaft, die Finanzdienstleistungen für die China Poly Group (Poly) anbietet. Poly hat nach eigenen Angaben eine «führende Rolle im chinesischen Waffenhandel». In einer Mitteilung an besorgte Kunden und Aktionärinnen sagte die Credit Suisse, die Waffengeschäfte würden weniger als 10 Prozent zum Umsatz und Gewinn der China Poly Group beitragen. Da es bei Menschenrechtsverletzungen immer auch um Einzelschicksale geht, lässt sich hier sicher kein «problemloser» Prozentsatz angeben. Die Antwort zeigt aber, dass die Banken nicht erkennen, dass sie auch dann in Komplizenschaft mit Menschenrechtsverletzungen geraten, wenn sie nicht ausschliessen können, dass sie mit ihren Geschäften kontroverse Aktivitäten mitfinanzieren. Dies gilt durch die enge finanzielle, strukturelle und personelle Verflechtung von PetroChina und China National Petroleum Corporation auch für den von der UBS organisierten Börsengang in Shanghai. Die Schweizer Banken müssen rasch substantielle, umsetzbare und transparente Menschenrechtsrichtlinien entwickeln, damit sie nicht weiterhin in Komplizenschaft bei Menschenrechtsverletzungen geraten.

Luftbild der Swisscoy-Truppen – gefunden auf der Website von Österreichs Bundesheer



Entwicklung des Völkerrechts auswirken. Denn der Kosovo ist kein Einzelfall. Weltweit gibt es mehrere solcher festgefahrener Situationen, in denen sich eine Teilregion eines Staates für unabhängig erklärt hat, ihre Unabhängigkeit aufgrund einer ethnischen Besonderheit begründet und es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kommt. Als Beispiel sei hier Südossetien genannt, das sich in ähnlicher Weise von Georgien lösen möchte, wie der Kosovo von Serbien.

Eine Anerkennung der Souveränität Kosovos würde das Signal aussenden, dass die internationale Gemeinschaft gewalttätige Sezessionsbemühungen unterstützt. Man könnte damit rechnen, dass in weiteren Weltregionen Unabhängigkeitsbewegungen ihren Kampf eskalieren lassen, um sich von einer unbeliebten Zentralregierung loslösen zu können. Statt einer gemeinsamen Suche nach Lösungen für eine gemeinsame Zukunft werden die Grenzen nach neuen, ethnischen Kriterien gezogen.

Natürlich ist nicht jede Unabhängigkeitsbewegung per se schlecht, allzu geläufig ist die Geschichte der Unterdrückung innerhalb von Staaten, deren Grenzen auf dem kolonialen

Reissbrett gezogen wurden. Bedenklich ist allerdings das Signal, dass militarisierte Unabhängigkeitsbewegungen sich die Unterstützung der NATO erschleichen, Verhandlungen und Dialog mit der Gegenseite blockieren und letztlich ihr Ziel der Gebietsablösung durchsetzen können. Eine kleine Gruppe von Militarisierten und lokalen Mafiefürsten wird somit in die Lage versetzt über die politische Zukunft einer ganzen Region zu entscheiden. Gerade in Staaten mit schwachen offiziellen Strukturen und grossen Entfernungen zwischen Hauptstadt und Provinzen ist der Einfluss mafioser Organisationen auf regionaler Ebene immens. Das Beispiel Kosovo/UCK zeigt exemplarisch wie sich eine regionale Mafia unter dem Deckmantel einer Unabhängigkeitsbewegung militarisieren kann und ihren Kampf gegen die Zentralregierung dann unter nationalistischer Flagge führt. Dass heute die Unabhängigkeit Kosovos als einziger möglicher Ausweg aus der festgefahrener Situation gilt, zeigt aber auch, dass die humanitären Interventionisten mit ihrer diffusen Motivlage alles andere als ein zukunftsprägender Akteur im weltpolitischen Gefüge sind.

kult.kino

**PURE COOLNESS
BOZ SALKYN**

ein Film von Ernest Abdyjaparov

trigon-film

Kirgisien bleibt ein Land der Sehnsucht, eine Landschaft der Träume. Die Geschichte erzählt von einer uralten Tradition, die in den entlegenen Dörfern der zentralasiatischen Berge noch existiert: Die Entführung der Braut. Eine faszinierende Romeo-und-Julia-Geschichte...

Demnächst in Ihrem kult.kino.

Sturmgewehre ins Zeughaus! Hilf mit!

Sammeln helfen in einer Regionalgruppe

Die GSoA sammelt momentan Unterschriften für die eidgenössische Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt». Möchtest Du mithelfen, die Sturmgewehre endlich ins Zeughaus zu verbannen? Dann schliesse Dich doch einfach einer GSoA-Regionalgruppe zum Unterschriften sammeln an. Folgende Regionalgruppen würden sich über Deine Unterstützung freuen:

basel@gsoa.ch | bern@gsoa.ch | gssa@gsoa.ch (Westschweiz)
 luzern@gsoa.ch | st.gallen@gsoa.ch
 winterthur@gsoa.ch | zuerich@gsoa.ch

Die GSoA-Regionalgruppen stehen allen Interessierten und deren Ideen offen. Sie führen verschiedenste antimilitaristische

Aktivitäten und Aktionen durch. Erkundige Dich einfach bei der Regionalgruppe in Deiner Nähe und bring Deine eigenen Ideen ein.

Unterschriftenbogen und Argumentarium bestellen

Vielleicht möchtest Du in der Familie und im Bekanntenkreis Unterschriften gegen die Sturmgewehre im Besenschrank sammeln? Kein Problem: wir schicken Dir gerne die Unterschriftenbogen und Informationen, welche Du benötigst, um allenfalls Zweifelnde endgültig von der Initiative zu überzeugen. Bestelle Unterschriftenbogen und Falblätter mit den wichtigsten Argumenten und Fakten einfach bei uns per Mail (waffeninitiative@gsoa.ch) oder per Telefon (044 273 01 00) oder lade sie von unserer Homepage herunter (www.gsoa.ch).

Wir sind auf Spenden angewiesen!

Am 21. September haben wir die eidgenössische Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» mit über 109'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Initiative wird nun den üblichen politischen Instanzenweg gehen und dann voraussichtlich in zwei Jahren zur Volksabstimmung kommen.

Um der drohenden Propagandaschlacht der Waffenlobby im Abstimmungskampf etwas entgegenhalten zu können, sind wir dringend auf Spenden angewiesen.

Die GSoA sammelt derzeit Unterschriften für die Initiative «für

den Schutz vor Waffengewalt», welche die Sturmgewehre ins Zeughaus verbannen will. Auch dabei sind wir auf Spendengelder angewiesen, da wir Unterschriftenbogen und andere Drucksachen herstellen müssen.

Mit Deinem Geldbeitrag ermöglichst Du es uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!

**Gerechtigkeit schafft Sicherheit
Sans justice pas de sécurité**

OstermarsCH Marche de Pâques suisse

**Ostermontag, 24. März 2008, Bern
Lundi de Pâques, 24 mars 2008, Berne**

13.00
Auftakt / départ Eichholz an der Aare
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern / à la gare tram 9 direction Wabern, descendre terminus

**Ostermarsch - Marche de Pâques
entlang der Aare - le long de l'Aare**

14.30
Schlusskundgebung / fin de la marche Münsterplatz
bei schlechtem Wetter / en cas de mauvais temps: Calvinhaus, Marienstrasse 8

mit / avec

**Rosmarie Zapfl
Marianne Huguenin
Reto Rufer, Amnesty International**

**Steff la Ceffe, Hip-Hop
Feines Essen und Trinken / Buffet**

**Für den Schutz vor Waffengewalt
Pour une protection face à la violence des armes**



GSoA-Material...

Panzerknacker Die RS-Broschüre der GSoA kostenlos	Friedensfahnen Pace, Peace Fr. 12.-
«Etwas Sinnvolles tun» Handbuch zum Zivildienst Fr. 32.-	GSoA-Sackmesser 8-teilig Fr. 25.-

Das T-Shirt gegen die Waffenlobby

Werde auch Du ein Teil der Waffenvernichtungsmassen. Bestell Dir mit untenstehendem Talon das T-Shirt zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Erhältlich in 4 Grössen für Frauen und Männer. Preis: 28.- Franken.



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ, Wohnort _____

Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «lf war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Doppelfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Unterschriftenbogen Waffeninitiative		kostenlos	
	Faltprospekt Waffeninitiative		kostenlos	
	Argumentarium Waffeninitiative		kostenlos	
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
	Rechnungsbetrag			

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Daniel Bachofen (dba), Felix Birchler (fb, verantwortlich), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Ayres Freitas (af), Beat Hatz (bh), Barbara Heer (bah), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Stephan Marti (sm), Reto Moosmann (rm), Christian Mueller (mue), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Christine Scheidegger (cs), Tobia Schnebli (ts), Bettina Surber (bs), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger

Layout: Regula Meili, Wetzikon

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)
 Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.-

PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich
 Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12
 E-Mail: gsoa@gsoa.ch, Internet: www.gsoa.ch

Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative-Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.